

**Die Menschheit steht in der Klimapolitik vor einer großen Herausforderung. Insbesondere ist nicht auszuschließen, dass eine adäquate Antwort auf die bisher von ihr selbst verursachte Anreicherung der Atmosphäre mit Treibhausgasen keinen Aufschub zulässt, dass aber andererseits die richtige Antwort noch keineswegs mit Sicherheit auszumachen ist. Es bestehen somit Entscheidungszwänge bei hoher Unsicherheit.**



Carl Christian von Weizsäcker\*

Es ist sicher nicht das erste Mal in der Menschheitsgeschichte, dass die Menschheit selbst durch ihr Verhalten Veränderungen hervorruft, die mit großen Schäden verbunden sind. Man denke nur an den Schwarzen Tod, die Pest, die 1348 in Europa ausbrach. Sie wurde insofern von den Menschen selbst verursacht, als diese Seuche sich mittels der von den Menschen erfundenen und benutzten Verkehrsmittel, nämlich der Seeschifffahrt, verbreitete. Der Unterschied zur Klimaproblematik war nur, dass die Menschheit damals die Kausalkette des Unglücks gar nicht verstand – und insofern auch zuvor gar nichts Spezifisches gegen diese Katastrophe vorkehren konnte. Insofern war die Menschheit vielleicht Ursache der Pestepidemie, aber dennoch nicht »an ihr schuld«.

Das »Neue« an der Klimathematik ist, dass man heute glaubt zu verstehen, was die von den Menschen selbst generierten Ursachen für eine gegebenenfalls eintretende Klimakatastrophe sind, und dass es deshalb Möglichkeiten gibt, diese Katastrophe zu verhindern.

Aber können wir sicher sein, dass wir dieses Mal die richtige Theorie unser eigen nennen? Der IPCC gilt als das offizielle Wissenschaftsorgan zur Klimathematik. Auch hier lohnt sich ein Vergleich mit der Großen Pest. Auch damals gab es ähnliche Gremien der Wissenschaft, die die wissenschaftliche Erkenntnis verkündeten, die Medizinische Fakultät der Universität Paris. Ihre empfohlenen Verhaltensregeln zur Vermeidung der Krankheit waren jedoch praktisch nutzlos, und

die Epidemie konnte mit den Ratschlägen dieser Experten nicht eingedämmt werden.

Es gibt durchaus Streit – auch unter Fachleuten –, ob die vom IPCC verkündete Kausalanalyse und die darauf aufbauenden Empfehlungen zur Einhaltung des 2-Grad-Ziels die richtigen sind. Und auch die Wissenschaft kann sich dem Ideologieverdacht nicht ohne weiteres entziehen. Zwar ist es schwer, jemandem »Ideologie« vorzuwerfen, der nur behauptet, zwei plus zwei sei gleich vier. Aber dort, wo die Zusammenhänge kompliziert und deshalb Meinungsverschiedenheiten zwischen Wissenschaftlern legitim und für den wissenschaftlichen Fortschritt sogar produktiv sind, kann sich der Ideologievorwurf durchaus legitimieren.

Wir geraten hier in eine interessante Diskussion über die Grundregeln unseres Gemeinwesens. Exemplarisch hierfür ist das letzte Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Es führt den Titel »Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation«. Beide Bezeichnungen sind Zitate. Mit der Großen Transformation meinte der Sozialphilosoph Karl Polanyi den Übergang von der vormodernen Gesellschaft in die moderne bürgerliche Industriegesellschaft, also das, was auch als »Industrielle Revolution« bezeichnet worden ist. Eine Große Transformation gleichen Ausmaßes sei erforderlich, um die »Dekarbonisierung« unserer Energiewirtschaft und überhaupt unserer Lebensformen zu erreichen – und dies alles, im Vergleich zur industriellen Revolution, quasi im Zeitraffer. Um dieses zu erreichen, sei ein neuer »Gesellschaftsvertrag« erforderlich, in dem ein »gestaltender Staat« dafür sorgt, dass alles Notwendige geschieht und dies rechtzeitig. Der »Gesellschaftsvertrag« ist eine theoretische Kons-

\* Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker ist Senior Research Fellow am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern, Bonn.

Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung des Vortrags. Die Langfassung erscheint im Tagungsband des Symposiums, herausgegeben von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

truktion der Sozialphilosophen der Aufklärungszeit. Er diente der Begründung des Naturrechts und einer gewissen Delegitimierung der damaligen, staatlichen Ordnung. Der neue »Gesellschaftsvertrag« soll, so muss man die Ausführungen des WBGU verstehen, eine fundamentale Verfassungsreform bringen, mit deren Hilfe Interessengruppen, die den Status quo verteidigen, ausgeschaltet werden, damit zum Wohle des Ganzen die Umgestaltung der Gesellschaft im Sinne der Nachhaltigkeit rasch genug vorangehen kann. Der WBGU betont den Zeitdruck, unter dem wir stehen, wenn wir das berühmte 2-Grad-Ziel nicht verfehlen wollen. Er malt ein Bild in schwärzesten Farben, was der Klimawandel mit sich bringe, wenn dieses Ziel verfehlt wird.

Dieses mit den Weihen eines Beirats nicht nur eines einzelnen Ressorts, sondern der gesamten Bundesregierung ausgestattete Gremium stellt die Lage so dar, als wären wir in einem großen Krieg. Im Krieg muss alles sehr schnell gehen. Und man weiß, dass man im Krieg auch keine Zeit hat, lang und breit mit Vertretern abweichender Meinungen zu diskutieren. Die offizielle Meinung ist quasi sakrosankt. Nach ihr wird gehandelt. Die Geschichte des Ersten oder des Zweiten Weltkrieges zeigt die massiven Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit auch in Ländern, in denen diese Individualrechte in Friedenszeiten sehr effektiv geschützt waren.

Ich habe Verständnis dafür, dass der WBGU die Eilbedürftigkeit des Handelns betont. Andererseits interpretiere ich die historische Erfahrung so, dass die Beseitigung von rechtsstaatlichen und auf der Meinungs-, Koalitions- und Versammlungsfreiheit beruhenden Hemmschwellen der Reform immer noch in Katastrophen geführt hat. Der vom WBGU geforderte »gestaltende Staat« hat in vielen historischen Beispielen versagt – gerade auch in der Geschichte der letzten 100 Jahre. Man denke nur an den gestaltenden Staat des sowjetischen Systems, der letztlich gerade an seiner Gestaltungsunfähigkeit gescheitert ist. Und dort, wo von Gestaltungsunfähigkeit keine Rede sein kann, wie im »Dritten Reich« oder bei Maos Kulturrevolution, war das Ende die absolute Katastrophe. Die Demokratie, wie sie sich herkömmlich entwickelt hat, ist die beste Staatsform, um Entscheidungen gerade unter großer Unsicherheit zu fällen. Dies sind dann immer Mehrheitsentscheidungen, die bei geänderten Erkenntnissen und daraufhin geänderten Mehrheitsverhältnissen wieder revidiert werden können.

Das Klimaproblem ist, was die Wirkungen eines Klimawandels betrifft, ein langfristiges Problem. Wie ökonomische Analysen, etwa die von Stern, ergeben haben, liegen die Schäden von Treibhausgasemissionen weiter in der Zukunft als die Kosten einer Vermeidung des Klimawandels. Das bedeutet, dass der Klimawandel bei einer untätigen Klimapolitik, abgezinst auf die Gegenwart, nur dann höhere Kosten verursacht als die Kosten einer aktiven Kli-

mapolitik, wenn man mit einem sehr niedrigen Abzinsungssatz rechnet. Das hat Nicholas Stern getan, ist dafür allerdings von anderen Ökonomen kritisiert worden. Es ist nun allgemein menschliche Erfahrung, dass bei aktueller materieller Not, bei niedrigem Einkommen, die heutigen eigenen Bedürfnisse Priorität vor Zielen wie der weltweiten Klimastabilisierung in 100 Jahren haben. Daher hängt die Bereitschaft, sich einer aktiven Klimapolitik anzuschließen, ganz wesentlich davon ab, wie hoch der Lebensstandard der eigenen Bevölkerung ist.

Insofern kann das Ziel der Stabilisierung des Klimas schon im Interesse dieses Ziels selbst nicht verabsolutiert werden. Es hat keinen Sinn, eine Politik des weltweiten Wachstumsverzichts im Interesse des Klimas zu propagieren, weil genau das Ausbleiben dieses Wachstums in China, Indien und anderen Schwellenländern den Erfolg einer weltweit akzeptierten Klimapolitik verhindert. Es bleibt also gar nichts anderes übrig als andere Ziele neben dem der Klimastabilisierung mit ins Kalkül zu ziehen. Das aber bedeutet insbesondere, dass die Kosten verschiedener Varianten der Klimapolitik von entscheidender Bedeutung sind. Die Suche nach kostengünstigen Formen der Klimapolitik muss hohe Priorität behalten.

Die seit Rio 1992 verfolgte Linie der Klimapolitik mit dem Kyoto-Abkommen als wichtigste Komponente ist mit den enttäuschenden Ergebnissen der Kopenhagen- bis Durban-Konferenzen in eine Sackgasse geraten. Damit werden neue Ansätze zu eruieren sein. Dazu können sowohl Forschungsvereinbarungen als auch ein neues Nachdenken um »Geo-Engineering« gehören. Eine einfache Forderung nach Reduktion und Eliminierung von menschenverursachten Treibhausgasen reicht nicht mehr aus.

Da die Eindämmung des Klimawandels als globale Politik nicht sicher ist, muss verstärkt über Anpassung an den Klimawandel nachgedacht werden. Dies kann vielfach mit Erfolg lokal, national oder regional erfolgen.

Nicht unerwähnt sollte hier unser Anspruch auf eine europäische Vorreiterrolle in der globalen Klimapolitik bleiben und die Frage, ob dies tatsächlich erstrebenswert/ist? Das »grüne Paradoxon« von Hans-Werner Sinn und ein potenzielles bevorstehendes Peak-Oil-Problem vor Augen, bewirkt die massive Förderung erneuerbarer Energien in Europa global etwas ganz anderes als intendiert? Nämlich mehr wirtschaftliches Wachstum im Rest der Welt bei gleichbleibendem globalem Verbrauch fossiler Energie? Ob dieser Effekt einer Vorreiterrolle Europas intendiert war, bleibe dahingestellt. Alles spricht auf anderen Politikfeldern von dem Ziel einer erhöhten Wettbewerbsfähigkeit Europas. Wenn aber die europäische Klimapolitik vor allem das wirtschaftliche Wachstum in den Ländern fördert, in denen keine Klimapolitik betrieben wird, dann kommt man dem eigentlichen Ziel dieser

Vorreiterrolle nicht näher, nämlich das Klima zu retten. Jedenfalls darf die Vorreiterrolle Europas nicht dazu führen, dass Europa – und das heißt insbesondere Deutschland – de-industrialisiert wird.

Und schließlich noch ein Wort zur Kernenergie. Es kann nicht bestritten werden, dass sich bei einem gegebenen Weltstrombedarf das Substitutionsverhältnis nicht nur auf Kernenergie versus erneuerbare bezieht, sondern insbesondere auch auf das zwischen Kernenergie und Kohle. Man denke nur an die hohen Hürden, die die Erneuerbaren noch zu überwinden haben, um Grundlaststrom bereitzustellen, der das Terrain der Kernenergie und des Kohlestroms ist. Wenn dem aber so ist, was bedeutet es dann, wenn Anhänger der Klimapolitik zugleich Gegner der Kernenergie sind? Ist es dann noch möglich, zugleich, wie es der WBGU tut, die Priorität der Klimapolitik selbst gegenüber der überkommenen demokratischen Ordnung zu konstatieren und sich gegen die Kernenergie auszusprechen?